Erklärung zur Niederschrift von Ratsmitglied Udo Weinrich für die Fraktion „Bürgeraktion Hilden“ in der Ratssitzung am 24.06.2009:

Herr Bürgermeister,

meine Damen und Herren,

im Zusammenhang mit der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Düsseldorf am 17.06.2009, dem Eilantrag von Anwohnern gegen die Baugenehmigung für den Neubau des Sparkassenzentrums mit Verkaufsstätte, Versammlungsstätte, Tiefgarage und Lüftungsanlage an der Mittelstraße in Hilden stattzugeben, wird der fachlich zuständige Beigeordnete Horst Thiele heute in der „Rheinischen Post“ wie folgt zitiert:

„Dass wir das genehmigen, was die Bauherren wollen, wird eigentlich von uns erwartet. (RP, 24.06.2009)

Die SPD-Fraktions- und Parteivorsitzende Birgit Alkenings ist in der „Rheinischen Post“ vom 19.06.2009 mit folgendem Ausspruch zitiert worden:

„Die Stadt hat das genehmigt, was die Sparkasse wollte, das war offensichtlich zu viel.“

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

völlig unabhängig von der Beantwortung der Frage, wer im Baudezernat, wann, warum und was getan oder unterlassen hat, das zu dieser Gerichtsentscheidung beigetragen hat, möchte ich für die vier Ratsmitglieder der „Bürgeraktion Hilden“ eine klare Feststellung treffen.

1. Die Ratsmitglieder der „Bürgeraktion Hilden“ nehmen mit Interesse zur Kenntnis, dass Aussagen von Herrn Thiele und Frau Alkenings unseren Eindruck bestätigen, dass die Stadtverwaltung und der Rat ausnahmslos das genehmigen, was Bauherren wollen.

2. Die meisten Bürgerinnen und Bürger, die mit den zum Teil komplexen Abläufen bei Baugenehmigungsverfahren nicht vertraut sind und auch nicht vertraut sein können, werden Aussagen wie die von Herrn Thiele und Frau Alkenings undifferenziert auf „die da im Rathaus“ und damit auch auf „die da im Rat“ beziehen.

3. Deshalb wehren die Ratsmitglieder der „Bürgeraktion Hilden“ sich dagegen, durch solche Aussagen in Kollektivhaftung für eine Politik genommen zu werden, wie sie beispielsweise die SPD vertritt, die sich offensichtlich darin gefällt, Investorenwünsche zu erfüllen und dieses Selbstverständnis auch öffentlich verkündet.

4. Die Ratsmitglieder der „Bürgeraktion Hilden“ begreifen ihr Mandat auf Zeit, das ihnen die Bürgerinnen und Bürger für fünf Jahren verliehen haben, als Instrument, um eine Stadtentwicklung zum Wohle von Mensch und Natur voranzutreiben. Wir sind nicht im Rat, um als Erfüllungsgehilfen den Investoren- oder Bauherrenwünschen zur Mehrheit zu verhelfen! Wir begreifen uns als Kontrollorgan der Stadtverwaltung und damit auch des Baudezernats, wohl wissend, dass ehrenamtlich Tätige niemals den Wissens- und Kenntnisstand der Angestellten und Beamten im Rathaus erreichen können.

5. Die Bürgerinnen und Bürgern können sich aber darauf verlassen, dass zumindest die Ratsmitglieder der „Bürgeraktion Hilden“ weiterhin – wie bereits in der Vergangenheit mehrfach und deutlich bewiesen – jeden Bebauungsplan sorgfältig und gewissenhaft daraufhin prüfen werden, ob er die Lebensqualität der Menschen oder wieder einmal nur den Gewinn der Investoren und Bauherren erhöht. Das gilt nicht nur für den Bebauungsplan für das Sparkassengebäude, den die „Bürgeraktion Hilden“ unter ausdrücklichem Hinweis auf die Lärm- und Immissionsproblematik abgelehnt hat. Wir prüfen und nicken nicht alles ab, was der Baudezernent uns auf den Tisch legt.

6. Die „Bürgeraktion Hilden“ hofft, dass die Bürgerinnen und Bürger am 30.08.2009 bei der Kommunalwahl dafür sorgen, dass vor allem solche Kandidaten in den Rat gewählt werden, die sich wenigstens in einem Punkt von dem durch Frau Alkenings zum Ausdruck gebrachten Selbstverständnis eines Ratsmitglieds als Bauherrenagent unterscheiden: Diese Stadtverwaltung braucht nicht weniger, sondern viel mehr Kontrolle durch den Rat!